



Zeitgeistiger Todestanz

Pretty Yende debütierte in Simon Stones „La Traviata“-Neudeutung als Violetta an der Staatsoper. Seite 13 Foto: ORF

Ein türkis-blauer Pfeiler wankt

Der Umbau der Sozialversicherung war ein Prestigeprojekt von ÖVP und FPÖ. Ein Erkenntnis des Höchstgerichts könnte dieses neue Machtgefüge umkehren. Doch bis heute gibt es keine Gesetzesreparatur.

Von Michael Sprenger

Wien – Der Umbau bei der Sozialversicherung, also die Kassenreform mit der Schaffung der Österreichischen Gesundheitskasse, wurde von ÖVP und FPÖ als Kernstück des Kabinetts Sebastian Kurz I gefeiert.

Und als die Höchstrichter dieses Reformvorhaben noch dazu weitgehend absegnet haben, konnte die ÖVP im Dezember 2019 laut jubeln. Die FPÖ klatschte verhalten, war sie doch zu diesem Zeitpunkt schon auf dem Weg in die Opposition.

Freute sich die Kanzlerpartei zu früh? Jetzt könnte ein Grundpfeiler aus der schwarz-blauen Regierungszeit ins Wanken kommen. Die Kritiker sahen von Anfang an eine Machtverschiebung der Arbeitnehmer hin zur Wirtschaft als eigentliche Intention der Reform. Die Arbeitnehmer-Vertreter sehen nun einen rechtlichen Weg, das Ansinnen von Schwarz und Blau im Nachhinein auf den Kopf zu stellen. Doch noch befindet sich die Bundesregierung von ÖVP und Grünen nicht auf diesem Weg. Zumindest die ÖVP will ihn nicht beschreiten.

Ein Nebenaspekt des Erkenntnisses des Verfassungsgerichtshofs vom 13. Dezember 2019 wird jetzt zum koalitionsinternen Zankapfel. Die Höchstrichter haben die Entsendung der Versicherungsvertreter (geregelt im



Das Erkenntnis der Höchstrichter stammt vom Dezember 2019. Vier Monate später legte der grüne Sozialminister Rudolf Anschöber bereits einen Abänderungsantrag vor. Doch die ÖVP sagt Nein. Es geht schließlich um das Prestigeprojekt von Türkis-Blau. Foto: APA/Neubauer

§ 133 des Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetzes) in den Verwaltungsrat der neu geschaffenen Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter, Eisenbahnen und Bergbau (BVAEB) aufgehoben – weil Schwarz-Blau die alte Beamtenversicherung BVA mit dem Zusammenschluss mit den Eisenbahnern zwar de facto aufgelöst, aber die neue BVAEB (mit Eisenbahnern und Bergbau) weiterhin als reine Beamtenversicherung betrachtet hatte.

Dies giftelte darin, dass die

Entsendung der Dienstnehmer-Versicherungsvertreter von der Sozialministerin (damals die blaue Beate Hartinger-Klein) über Vorschlag der ÖVP-dominierten Beamten-gewerkschaft zu erfolgen habe. Die Höchstrichter sagen, dass die Entsendung in den Verwaltungsrat über die „öffentlich-rechtlichen Interessenvertretungen“ zu erfolgen hat. Für Bergbau und Eisenbahner ist dies die Arbeiterkammer – und eben nicht die Beamten-gewerkschaft GÖD.

Für die Reparatur der

schwarz-blauen Reform ist Sozialminister Rudolf Anschöber (Grüne) zuständig. Er muss mit der Kanzlerpartei, insbesondere mit ÖVP-Klubobmann und Sozialsprecher August Wöginger, einen verfassungskonformen Weg finden. Seitens des Sozialministeriums hieß es noch zum Jahreswechsel, also zu einer Zeit, als in der Koalition noch Harmonie herrschte, dass man sich wegen der Pandemie noch nicht um diesen Sachverhalt kümmern habe können. Was allerdings im

Gespräch mit der *Tiroler Tageszeitung* nicht gesagt worden ist: Das Sozialministerium hat bereits im März 2020 einen Abänderungsantrag des betreffenden Paragraphen 133 des Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetzes an die ÖVP, also an Wöginger, übermittelt. Der Abänderungsantrag hält sich an die klaren Vorgaben der Höchstrichter.

Auch die ÖVP legte im Frühjahr einen Entwurf vor. Doch dieser widerspricht dem Verfassungsgerichtshofs-

urteil und dem Anschöber-Entwurf diametral. Wöginger wollte aber hierzu auf Anfrage der *Tiroler Tageszeitung* keine Stellungnahme abgeben.

Aus dem Büro Anschöbers heißt es nun, auch nachdem es von der *Tiroler Tageszeitung* mit dem eigenen Abänderungsantrag konfrontiert worden ist, dass der Minister nicht daran denke, die Vorgaben der Höchstrichter zu ignorieren.

Das Problem der ÖVP: Wird der Antrag im Sinne Anschöbers vom Nationalrat beschlossen, so können sich im Verwaltungsrat (BVAEB) und auch im Dachverband die Mehrheitsverhältnisse von der türkisen Arbeitgeber-Seite hin zur roten Arbeitnehmer-Seite verschieben. Zugleich könnte Infrastrukturministerin Eleonore Gewessler (Grüne) auf Dienstgeber-Seite die beiden von Norbert Hofer (FPÖ) bestellten Mitglieder im Verwaltungsrat, die Burschenschaftler Arnold Schiefer und Roland Weinert, ersetzen. Das Glück der ÖVP: Das Erkenntnis ist ohne Fristsetzung erfolgt. Also haben ÖVP und Grüne noch Zeit. Allerdings werden bis zur Reparatur Entscheidungen – etwa im Verwaltungsrat – blockiert. So konnte Romana Deckenbachers Platz im Verwaltungsrat nicht nachbesetzt werden. Sie rückte als Nachfolgerin für Sebastian Kurz, als dieser zum zweiten Mal Kanzler wurde, in den Nationalrat nach.

„Sieg Heil“-Rufe verängstigen jüdische Wiener

Rechtsextreme zogen während der Anti-Corona-Demo durch das jüdische Viertel in Wien. Die ÖVP fordert den Rücktritt Kickls.

Wien – Die Ausschreitungen bei den Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen am Samstag in Wien sorgen für einen heftigen verbalen Schlagabtausch zwischen den früheren Koalitionären ÖVP und FPÖ. Die Türkisen nehmen vor allem den freizeitheligen Klubchef Herbert Kickl ins Visier, der bei einer FPÖ-Kundgebung im Prater mit zwei grenzwertigen Reden die Stimmung aufgeheizt hatte.

Kickl sprach von „Corona-Stahlhelmen in den Regierungsbüros“ und „Schmuddel-Typen“ in den Ministerien. Mit Blick auf die kürzliche Reise von Kanzler Sebastian Kurz nach Israel in Sachen Covid-Impfung sagte Kickl: „Was dort in Israel läuft, das ist auf der einen Seite ein Massenexperiment der Pharmaindustrie – und auf der anderen Seite ein System der Gesundheitsapartheid. Ich will einen Bundeskanzler haben, der kein Lobbyist der Pharmaindustrie ist.“

Danach sind mehrere hundert Demonstranten – darunter auch wieder Neonazis, Rechtsextreme und Identitäre – in Richtung Innenstadt gezogen. Während sie durch



„Antisemitische Verschwörungslügen und Rechtsextremismus haben auf den Straßen Wiens nichts verloren.“

Oskar Deutsch (IKG-Präsident) Foto: APA/Hochmuth

das jüdische Viertel der Leopoldstadt (2. Wiener Bezirk) marschierten, waren laut mehreren Berichten „Sieg Heil“-Rufe zu hören. Jüdische Wiener verängstigte das, wie in Beiträgen auf sozialen Netzwerken zu lesen ist. Manche berichten, dass sie sich

noch rechtzeitig in Sicherheit bringen konnten.

„Es ist eine gefährliche Entwicklung, bei der niemand tatenlos zusehen darf. Antisemitische Verschwörungslügen und Rechtsextremismus haben auf den Straßen Wiens nichts verloren. Sie führen letztlich zu physischer Gewalt“, sagt Oskar Deutsch, Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde, gegenüber der *TT*. „Die Verantwortung für die physische Gewalt tragen die Täter selbst. Die politische Verantwortung für die Eskalation jedoch trägt die FPÖ – und Herbert Kickl“, konstatiert Deutsch. Er betont zwar, dass nicht alle Demo-Teilnehmer Extremisten seien, aber: „Wer mit Antisemiten gemeinsame Sache macht, macht sich mitschuldig.“

Nachdem Demo-Teilnehmer später im 2. Bezirk von der Polizei eingekesselt worden waren, stürmten mehrere Dutzend in ein Versicherungsgebäude. Ein Wachmann wurde dabei

schwer verletzt und musste operiert werden.

Kanzler Kurz reagiert verbal scharf auf die Vorfälle. Im Rahmen der Sondersitzung des Nationalrats zum „Frauentag“ sagte er, man könne und solle unterschiedliche Meinungen zur Corona-Krise

artikulieren. Eine „Hooligan-Mentalität“, die zu Gewalt und einem schwer verletzten Wachmann führt, sei aber inakzeptabel: „Es widert mich an. So etwas sollte in Österreich keinen Platz haben.“ Kurz nannte die FPÖ nicht beim Namen, das tat dann



FPÖ-Klubchef Kickl heizte die Stimmung bei den Demos am Samstag an. Türkise verlangen nun seinen Rücktritt. Foto: APA/Pfarrhofer

sein Generalsekretär Axel Melchior. Kickl müsse umgehend von all seinen politischen Ämtern zurücktreten, forderte Melchior.

Die Schuld, dass die Demo teilweise eskaliert ist, sieht die FPÖ bei der Polizeiführung und ÖVP-Innenminister Karl Nehammer.

Die Wiener Polizei weist die Vorwürfe zurück. Der Einsatz sei „insgesamt gelungen“, sagt Landespolizeipräsident Gerhard Pürstl. Behauptungen, die Polizei sei nicht eingeschritten, seien angesichts der Zahl von 42 Festnahmen und mehr als 3100 verwaltungsstrafrechtlichen Anzeigen nicht richtig. Auch der FPÖ-Kritik, es habe bei der Demonstration Chaos und Eskalationen gegeben, widerspricht Pürstl vehement. Ob unter den Angezeigten auch Kickl sowie weitere FPÖ-Nationalratsmandatäre sind, will Pürstl nicht sagen. Er könne „keine personenbezogenen Daten oder Namen nennen“. (sas)